

Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postkassenamt: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 2 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kettenteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Witten.

Nr 88

Sonnabend, den 26. Juli 1930

43. Jahrgang

Um die Durchführung der Osthilfe. Verhandlungen zwischen Reich und Preußen.

Berlin, 24. Juli.

Zwischen den Reichsvertretern und den Preussischen Vertretern fanden Verhandlungen über die Durchführung der Osthilfe statt. Es sind eine Reihe von Klären aufgestellt worden, über die eine Einigung herbeigeführt werden muß, und zwar wird u. a. erreicht,

den Volkswirtschaftsplan

allein durchzuführen. Es wird erörtert, den Volkswirtschaftsplan über die bisher in die Osthilfe einbezogenen Gebiete noch weitläufig auszudehnen. Das wäre ein sehr gefährlicher Plan, insbesondere dann, wenn der Volkswirtschaftsplan allein durchgeführt wird, ohne daß die Betriebsversicherungen und die Umhüllungsgebühren wirksam werden.

Bei den Reichstagsberatungen ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß alle Maßnahmen ein Gesetz bilden müssen und daß beratliche Einzelmaßnahmen eher eine Gefährdung als eine Hilfe für die bedrohten Ostgebiete bedeuten.

Bei den Umhüllungsgebühren muß die finanzielle Frage noch geklärt werden, und zwar will man hier zu rückgreifen auf die noch offenen Kredite der Wojarchie. Das ist aber nur möglich, wenn Preußen und die Provinz sich an der Aktion beteiligen. Die Provinz Preußen hat sich aber als leistungsschwach erwiesen, und es wird deswegen die Hilfe von der Preussischen Staatsregierung erwartet. Mit der Rentenbank-Kreditanstalt ist Fühlung genommen worden, damit die Kredite beschafft werden können.

Auf Grund des Art. 48 läßt sich die finanzielle Frage aus tatsächlichen Gründen nicht lösen, da die Banken einer solchen Regelung wenig Vertrauen entgegenbringen würden. Auch die Hilfsansätze kann auf Grund des Art. 48 nicht erledigt werden, doch wird es kaum Schwierigkeiten machen, die auch jetzt notwendige Einwirkung der Reichsbanken vorzunehmen, da ja diese Stellen an sich nicht erstarrt sind.

Neben dem Volkswirtschaftsplan wird es dann aber auch notwendig sein, die Kleinbauern-Kredite weiterzuführen und die Förderung der Antiegründung fortzusetzen. Insbesondere müssen von den bewilligten 15 Millionen für Kleinbauern-Kredite die noch fehlenden 6 Millionen den deutschen Kleinbauern im Osten zur Verfügung gestellt werden.

Reichsfonds und Länderinteressen.

Die Verwendung zu Kultuszwecken.

Berlin, 25. Juli.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat eine Gesamtsübersicht über die Verwendung der von der Reichsregierung verwalteten Fonds vorgelegt, an deren Verteilung die Länder ein Interesse haben. Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß

zur Förderung der Theaterkultur

im Jahre 1929 320 000 Mark gezahlt wurden, zur Förderung der künstlerischen Handwerkskulturen 50 000 Mark. An wissenschaftliche Institute sind 228 000 Mark gezahlt worden. Weitere Summen wurden

für wissenschaftliche Einzelaufgaben

zur Verfügung gestellt. An besonders hohe Zahlungen geleistet worden für die Deutsche Orient-Gesellschaft zur Bearbeitung der Ergebnisse der mesopotamischen Ausgrabungen sowie für die deutsche Landesgruppe der Internationalen Sindiengesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff.

Zur künstlerischen Bekämpfung

von allgemeiner Bedeutung wurden 164 000 Mark zur Verfügung gestellt, an künstlerische Verbände und Heimatschutzverbände rund 100 000 Mark. Schul- und Erziehungsziele erforderten 124 000 Mark, für Volkshilfsmaßnahmen 68 000 Mark zur Verfügung gestellt, und 190 000 Mark dienen zur Unterhaltung von Sonderberühmungen zur Förderung Begabter außerhalb der üblichen Bildungsgänge. Eine bunte Reihe von Verbänden ist aus dem Fonds in Höhe von 1 Million Mark

zur Förderung des Tanz- und Sportlebens

unterstützt worden, darunter der Bund Freier Sozialistischer Jugend, der Verein Deutscher Pfadfinderinnen, der Verein Marinejugend Vaterland, ein Deutscher Republikanischer Pfadfinderverband, ein Bund Jungdeutscher, Deutsche Jugendkraft, ein Verband Eisenbahn, ein Bund Jungdeutscher Land, insgesamt eine Fülle von Verbänden, die die Zerstreuung innerhalb der deutschen Jugend deutlich aufzeigt. Zur Behebung der

Nachstände der deutschen Kunst

wurden 225 000 Mark ausgeworfen. Zur Unterhaltung der Erhaltung von Bauwerken von geschichtlicher Bedeutung wurden 400 000 Mark gezahlt. Es wurden u. a. bezahlt die Dome in Bam, Münster, Regensburg, Köln, Speyer und Worms und die Münster in Ulm und Freiburg. Außerdem die St.-Lorenz-Kirche in Nürnberg und der Zwinger in Dresden.

Größere Ausgaben auf soziale Gebiete hat dann das Reichsarbeitsministerium aus seinem Fonds geleistet. Das Ernährungsministerium stellte u. a. zur Verfügung 3 Millionen Mark für das landwirtschaftliche Fortkommen im

An den Gemälde-Kulturfilm wurden aus diesem Fonds 1.4 der gezahlt zur Herstellung eines Leptifilms über die Zukunft des deutschen Acker- und Wiesensodens. Als Beiträge zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaftsbildung und zur Einwirkung von Verfassungen wurden 1,9 Millionen Mark gezahlt.

Die Notmaßnahmen des Reiches.

Ein Interview Dr. Brüning's.

Berlin, 25. Juli.

Reichsminister Dr. Brüning hat dem Berliner Vertreter der „New York Times“ Herr Enderis, Ausführungen für sein Blatt zur Verfügung gestellt, denen wir folgendes entnehmen.

Die angepöbelte Finanzlage des Reiches, die die parlamentarischen Kämpfe der letzten Monate veranlaßt, ist in erster Linie durch

die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

bedingt. Die geschätzten Einnahmen des Reichshaushaltes werden nicht erreicht, die Ausgaben aber, im wesentlichen durch die Beiträge der Arbeitslosenversicherung, geleistet. Die Reichsregierung hält fest an der Notwendigkeit der unerschütterlichen Sanierung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden und an der Tilgung der schwebenden Schuld im geschäftlich festgelegten Umfang.

Diese Politik ist für Deutschland eine Schicksalsfrage. Durch die Weisheit der deutschen Parteien ist es erfahrungsgemäß immer sehr schwer, eine völlige Ueber-einstimmung über die Einzelheiten zu erzielen, da fast jede Partei ihre Zustimmung abhängig macht von Zugeständnissen der Regierung gegenüber ihren besonderen Wünschen, die von anderen Parteien aber umso härter abgelehnt werden.

Deshalb war die Reichsregierung gezwungen, alle Möglichkeiten der Beratung auszunutzen, um das Gleichgewicht des Reichshaushaltes unter allen Umständen zu sichern. Sie hat dabei zu dem Vorst. der Reichsregierung ge-griffen, über den vielfach im Ausland keine Klarheit besteht. Jeder Staat kennt ein Notstandsrecht. Der Art. 48 der Reichsverfassung gibt ihm für das Reich seine Form. Mit den Theorien der Diktaturanhänger hat er nicht das geringste zu tun.

Der Art. 48 ist häufig vom Präsidenten Ebert auch in weniger wichtigen Fällen und in Gegenwart des Reichstages angewandt worden. Auch die Verfassungen der übrigen deutschen Länder kennen ähnliche, allerdings klarere Bestimmungen.

Die Reichsregierung hat — genau im Geiste der Verfassung — ihre Notverordnungen unerschütterlich dem deutschen Reichstag vorgelegt und sie ausgehoben, nachdem eine Mehrheit des Reichstages dies verlangt hatte. Sie hat nun, entsprechend den großen Prinzipien eines demokratischen Staates, an das Volk appelliert, um sein Urteil eingeholen.

Sie wird in der Zwischenzeit zur Sicherung der Finanzen unerschütterlich dem Reichspräsidenten Vorschläge zu einer neuen Notverordnung unterbreiten, die dem nach den Bestimmungen der Verfassung zu wählenden und zusammenwirkenden Reichstag zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Konservative Volkspartei.

Einigung zwischen Westarp und Treitmanus.

Berlin, 25. Juli.

Die Verhandlungen der aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetretenen Abgeordneten und der Konservativen Vereinigung haben

zu einer völligen Einigung und zur Gründung der Konservativen Volkspartei geführt.

Die neue Partei tritt mit einem Gründungsauftritt an die Öffentlichkeit. Die Zeitung hat ein Zuschuß übernommen, der aus den Herren S a b e r m a n n, D a m e t e, von Lettau-Lorbed, von Lindner-Wildau, Dr. Rademacher und Treitmanus besteht.

In dem Gründungsauftritt

der neuen konservativen Volkspartei heißt es u. a.: Die Deutschnationale Volkspartei hat den wirksamen Einfluß konservativer Kräfte vermindert und droht, die Herrschaft der Linken zu einer dauernden zu machen. Wir lassen deutsche Volkstrost nicht verkommen und damit die Voraussetzung innerer und äußerer Befreiung.

Unser Staat soll wieder ein mehrheitlicher Staat werden. Hierzu müssen in der Staatsführung konservative Kräfte in die Geltung kommen, daß der Staat fähig wird, im Kampf um die deutsche Freiheit in der Welt den gesammelten Freiheitswillen einer gemäßigten Nation einzusetzen. Deshalb rufen wir auf zur Gründung der konservativen Volkspartei.

Treitmanus voraussichtlich der Führer.

Wie Graf Westarp erklärt, gehört er dem engeren Vorstand der konservativen Volkspartei auf seinen eigenen Wunsch nicht an, sondern nur dem weiteren Vorstand der neuen Partei. Diese Distanzierung ist, wie er ausdrücklich betont, auf seinen eigenen Wunsch erfolgt, um sich der Aufgabe der Sammlung der konservativen Elemente und insbesondere der engen Zusammenarbeit zwischen Landvolkspartei und konservativer Volkspartei widmen zu können. Aus dieser Neuerung geht hervor, daß Graf Westarp

die Führung der neuen Partei nicht übernehmen hat. Zum Führer der Partei wird voraussichtlich der Reichsminister Treitmanus gewählt werden.

Landvolkspartei!

Eigene Kandidaten des Landvolkes.

Berlin, 24. Juli.

Der Bundesvorstand des Reichslandvolkes hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Die Landvolkspartei kann und will es nicht mehr ertragen, daß sie das Opfer der Parteienpolitik von in sich uneinigen und Uebernahme der Verantwortung unfähigen politischen Parteien wird.“

Der Bundesvorstand des Reichslandvolkes hat deshalb beschlossen, unter bewusster Ablehnung der bisher geübten Methode, für die kommenden Wahlen eine Mit-glieder aufzuführen, der Sammelparole des Reichslandvolkes zu folgen und, soweit es die örtlichen Verhältnisse irgend zulassen, einzutreten für die Wahl auf Landvolkslisten in allen Provinzen und Ländern. Nach wie vor bleibt die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Landvolksorganisation gegenüber jedem Parteieigebilde oberstes Gebot!

Wenn das deutsche Landvolk unter seiner eigenen Fahne in den Wahlkampf marschiert, so will es dabei nicht neue Zerplitterung, sondern Stärkung aller Kräfte, die im Kampf für die von Hindenburg gewiesenen Ziele in einer Front stehen.“

Wie wir erfahren, wird der Beschluß des Reichslandvolkes, eigene Landvolkslisten aufzustellen, in parlamentarischen Kreisen als entscheidend angesehen für das Schicksal der sogenannten „Großen Rechte“, von deren Bildung in den letzten Tagen sowie die Rede war. Eine Dachlisten-gemeinschaft zwischen Land- und Stadtwahl wird nunmehr als ausgeschlossen bezeichnet. Die neue Landvolkspartei wird umfassen die Christlich-nationalen Bauern und die Gruppe Schiele-Richtigen und wird voraussichtlich alle Vertreter des Landvolkes, die bisher bei anderen Parteien Anteilnahme fanden, an sich ziehen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch davon, daß von Keudell zu den Christlich-nationalen Bauern übergehen will.

Der Beschluß, den der Bundesvorstand des Reichslandvolkes am Dienstag gefaßt hat, bringt keine Ueber-raschung, aber er bestätigt die Erwartung, daß die deutschnationale Gruppe Jugenders im Wahlkampf von dieser Seite keine Unterstützung zu erwarten hat. Der Reichslandvolk erstreckt die Bildung einer großen, in sich geschlossenen Agrarpartei und fordert zur Unterstützung der Landvolkslisten auf. Der Reichslandvolk selbst betont, daß er keinen Charakter als berufständische Organisation beibehalten und nicht selbst Partei werden will. Für die parteimäßige Erhaltung der Kreise, deren Sammlung er sich zur Aufgabe macht, kommt also nicht in erster Linie die Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkspartei in Frage. Ueber die Aufnahme einer Reichslandvolkspartei in die Gruppe der deutschnationalen Abgeordneten macht der Aufruf des Reichslandvolkes noch keine Andeutungen, aber die ganze Tendenz dieses Aufrufs läßt Zweifel darüber aufsteigen, ob hier wirklich die Möglichkeit einer fruchtbarer Zusammenarbeit mit den Kreisen gegeben ist, die auf die Schaffung einer konservativen Partei hinarbeiten. Die klare Betonung des berufständischen Charakters in dem Aufruf des Reichslandvolkes könnte eher zu der Erwartung führen, daß sich zwei neue Gebilde entwickeln werden, eine agrarisch orientierte berufständische und die dann verbunden müßten, die Brücke zwischen sich und den übrigen rechtsorientierten Gruppen zu finden.

Die Reichseinnahmen im Juni 1930.

66 Millionen weniger als im Mai.

Berlin, 24. Juli.

Im Monat Juni 1930 betragen die Einnahmen bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 294,9 Millionen Mark, bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 214,0 Millionen Mark, insgesamt 508,9 Millionen Mark. Gegenüber dem Monat Mai ist im Juni das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer um 36,0 Millionen Mark, aus der Körperschaftsteuer um 8,1 Millionen Mark und aus der Umsatzsteuer um 21,6 Millionen Mark geringer. Diese Mindereinnahmen sind darauf zurückzuführen, daß im Mai noch größere Beträge aus den vierteljährlichen Vorauszahlungstermin vom 10. April eingegangen sind.

Natüremäßig sind die Einnahmen aus der Vermögenssteuer im Juni ebenfalls geringer als im Mai, nämlich um 68,7 Millionen Mark, weil am 15. Mai ein Zahlungstermin für diese Steuer war, der im Juni fehlte. Hauptächlich infolge des Rückganges der Ertragssteuern an Lohnsteuer für 1929, die im Juni 1,1 gegenüber 5,6 Millionen Mark im Mai betragen, sind im Juni an Lohnsteuer 5,6 Millionen Mark mehr aufgetrieben als im Mai. Auch der Steuerabzug vom Kapitalertrag erbrachte im Juni 5,5 Millionen Mark mehr als im Mai. Die Einnahmen aus den übrigen Zöllen und Verbrauchssteuern weichen nur unerheblich von denen im Mai ab.

An Zöllen und Verbrauchsabgaben sind im Juni 8,3 Millionen Mark mehr aufgetrieben als im

Mai. Aus dem Spiritusmonopol bagehen sind 22 Millionen Mark weniger als im Mai aufgenommen. Dieses Mehr- und Mindereinkommen beruht hauptsächlich auf den saisonmäßigen Schwankungen des Verbrauchs.

Nummernfolge der Reichswahlvorschlüge

Berlin, 25. Juli.

Der Reichsminister des Innern hat mit Zustimmung des Reichsrats für die Benummerung der Reichswahlvorschlüge folgende neue Bestimmungen in der Reichsformordnung getroffen:

- 1) Die Nummernfolge für die Reichswahlvorschlüge der Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben, oder zu denen sich Abgeordnete des letzten Reichstags beauftragt haben, werden vom Reichsminister des Innern festgelegt. Hierbei gelten folgende Regeln:
 - a) Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben, werden zuerst aufgeführt, und zwar in der Reihenfolge der Stimmenzahl, die sie bei der letzten Reichstagswahl erhalten haben.
 - b) Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag nicht entsandt haben, zu denen sich aber Abgeordnete des letzten Reichstags bei Wahlperiode oder im Zeitpunkt der Auflösung des Reichstags beauftragt haben, erhalten die anschließenden Nummern in der Reihenfolge der Zahl ihrer Abgeordneten. Abweichend ist das beim Reichstag geführte Verzeichnis der Mitglieder des Reichstags.
 - c) Bei gleicher Stimmenzahl (Fall a) oder bei gleicher Abgeordnetenzahl (Fall b) entscheidet die Reihenfolge der Parteien nach den Einheits-ABG-Regeln.
- 2) Reichen Parteien, die nach Ziffer 1 eine Nummer erhalten haben, Reichswahlvorschlüge nicht ein, so fallen ihre Nummern aus.
- 3) Reichswahlvorschlüge von Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag nicht entsandt haben, und zu denen sich auch Abgeordnete des letzten Reichstags nicht beauftragt haben, erhalten die an die Nummernfolge des Reichsministers des Innern (Ziffer 1) weiter anschließenden Nummern in der Reihenfolge, wie die Reichswahlvorschlüge beim Reichsminister eingeht.

Hilfsbrief des bayerischen Landwirtschaftsministers

München, 25. Juli.

Der bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Febr hat an den Ministerpräsidenten Dr. Held folgendes Schreiben gerichtet: „Ihren Wunsch entsprechend, habe ich am 22. Juli meinen Hilfsbrief zum Amt des Staatsministers für Landwirtschaft und Arbeit zurückgestellt, um neue Verhandlungen der Parteien zu ermöglichen. Die Verhandlungen haben zu keinem Erfolg geführt. Ich sehe mich deshalb veranlasst, meine Äußerung vom 21. Juli 1930 nunmehr zu übermitteln.“

Französischer Kummer . . .

. . . der jeglicher Berechtigung entbehrt.

Paris, 25. Juli.

Das „Echo de Paris“, das bekanntlich dem französischen Generalstab nahesteht, erinnert im Zusammenhang mit den bevorstehenden deutschen Herbstmanövern daran, daß der französische Militärattaché in Berlin zu den Wandernern nicht eingeladen worden ist. Der Reichsminister hat damals diese Spaltung damit begründet, daß ein Teil des Reiches noch von französischen Truppen besetzt sei.

Da dieses Beweismittel im September keinerlei Bedeutung mehr habe, würde es interessant sein, zu erfahren, so schreibt das Blatt, ob der französische Militärattaché auch weiterhin auf dem Indes bleibe.

• Zu dieser Meldung wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß irgenwelche Einbindungen an ausländische Militärattachés zum Besuch der deutschen Herbstmanöver bis zur Stunde nicht ergangen sind, so daß den französischen Verhandlungen jedwede sachliche Grundlage fehlt.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Bedingungen für Auftragsvergebung des Staates.

Berlin, 25. Juli.

Das Reichsstatistikamt hat beschlossen, den Firmen, die durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zu jugliche Aufträge erhalten, folgende Verpflichtungen aufzuerlegen:

1. Die Firmen müssen sich verpflichten, die fraglichen Aufträge ohne Unterbrechungen auszuführen. Es soll Sorge dafür getragen werden, daß ausreichende Vorräte für den Fall der Arbeitslosigkeit, die sie zur Erledigung der juglichen Aufträge einhalten, von den Arbeitsskizzen nachweisen zu lassen.
 2. Die Firmen müssen sich verpflichten, für die juglichen Aufträge nur inländisches Material zu verwenden, falls dieser Verwendung nicht aus technischen Gründen oder aus Gründen der Preisgestaltung unabwehrliche Hindernisse entgegenstehen.
- Reichsstatistikamt und Reichspost haben sich bereit erklärt, ihren Lieferanten die vorstehenden Verpflichtungen aufzuerlegen. Auch für das jugliche Wohnungsbauprogramm sind entsprechende Anordnungen an die Länderregierungen ergangen.

Vertragsbruch in Kowno.

Ein kläuffer Anschlag auf die Memelkonvention.

Kowno, 24. Juli.

Das Ministerium hat auf Vorschlag des Justizministers drei Gesetze annehmen, durch die im Falle eines Widerstreites der Memelkonvention mit inmerltatigen Gesetzen das Lebergewicht des inländischen Standpunktes auf jeglichem Wege festgelegt wird.

Das eine Gesetz überlegt dem von der Zentralregierung ernannten Gouverneur die Aufsicht über die richtige Anwendung der Gesetze im Grenzgebiet, wobei die Möglichkeit für die memelländischen Beamten die Entsendung vom Dienst durch einen Erlaß des Staatspräsidenten nach sich zieht. Dem Landtag wird die Pflicht auferlegt, nur dem Gouverneur erwünschte Gesetze zu erlassen und im Weigerungsfalle der Zentralregierung das Recht gegeben, diese Gesetze ohne Landtag zu erlassen. Gegen solche Maßnahmen und Erlasse des Staatspräsidenten und der Zentralregierung steht dem memelländischen Direktorium das Recht der Berufung an eine neu zu gründende Instanz zu, doch werden die Maßnahmen durch den Einspruch nicht aufgehoben.

Das Berufungsgericht, das sich aus dem Staatspräsidenten zu ernennenden Mitgliedern des Obersten Gerichts zusammensetzt, entscheidet, ob die Erlasse der Zentralregierung zu Recht bestehen. Wegen die Entscheidungen dieses Gerichts, gibt es keine Berufung. Des weiteren wird be-

stimmt, daß Zuständigkeitskonflikte zwischen inländischen und memelländischen Gerichten vom Obersten Gericht in Kowno ebenfalls ohne Berufungsmöglichkeit entschieden werden.

Die von den Siegermächten dem abgetrennten Memelland zugewandene Selbstverwaltung, die sogenannte „Memel-Konstante“, wird durch diese Gesetze aufgehoben, soweit diese der Zentralregierung nicht befreit. Die Memel-Konstante sollte die Grenze festlegen, bis zu welcher die inländische Regierung in ihren Maßnahmen gehen kann. Die Konvention, von den Großmächten garantiert, sollte das Memelgebiet gegen inländische Lebergriffe schützen. Jetzt wird die Konstante den inländischen Gesetzen untergeordnet. Diese Entscheidung hat der inländische Justizminister Dr. Jannus schon angekündigt, als er auf der Konferenz der Regierungsparteien erklärte, daß Litauen in dem Memelgebiet gezwungen sein werde, sich in verschiedenen Fragen über die Konstante hinwegzusetzen.

Aus dem In- und Auslande.

Steuerfreiheit für Verfassungsgesellen.

Berlin, 25. Juli. Veranlassungen, die am 11. August aus Anlaß und zu Ehren des Verfassungstages unternommen werden, sind von der Vermögenssteuer befreit. Die Befreiung hängt also davon ab, daß es sich um eine Veranstaltung am Verfassungstage selbst handelt, daß sie durch ihn veranlaßt ist und ihm zu Ehren stattfindet. Nur wenn alle drei Voraussetzungen zutreffen, besteht das Recht auf Steuerfreiheit.

Notverordnung gegen das Waffengesetz.

Berlin, 25. Juli. Das Reichsstatistikamt ist im Laufe des Donnerstagmittags zusammengetreten, um u. a. Beschluß zu fassen, über den Entwurf einer Notverordnung, die vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 erlassen werden und die das Tragen von Schuß-, Stich- und Hiebaffen verbietet soll.

Ergebnis der österreichischen Anleihe.

Wien, 25. Juli. Die Anleihe hat sich durch das Zeichnungsergebnis der österreichischen Anleihe alle Erwartungen übertroffen werden. Die Aufnahme, daß von 150 000 000 Schilling 125 000 000 in Sperfrüden gezeichnet wurden, bedeutet einen hervorragenden finanziellen und moralischen Erfolg und liefert der ganzen Welt den Beweis, daß der Österreichler an sich selbst glaubt. Dadurch wurde das Vertrauen des Auslandes erheblich gesteigert.

Von der Rabenmutter zu rohen Mäster!

Paris, 25. Juli. Im Welt haben die juglichen Separatisten einen Bericht begründet. Dessen übermittelte in einer Versammlung die Abgeordnete der Liga „Halt am Rhein“, eine Frau Dutre, die Wünsche des französischen Wahlreformers. Dabei sagte sie, die Separatisten hätten in Deutschland eine Rabenmutter verloren, aber in Frankreich haben sie eine Mutter wieder. Nach dem Gelingen eines Separatistengesetzes hätten die Separatisten vor Begeisterung: „Es lebe Frankreich“, worauf der Bürgermeister von Metz und der Generalrat des Meuse-Departements noch einige Worte sprachen.

Kampf gegen den Kommunismus in Finnland.

Helsingfors, 25. Juli. Die finnische Regierung hat einen Vollzugsbefehl erteilt, dem der Ministerpräsident Einwohnern und der Landratspräsidenten anzuweisen, die Aufgabe des Ausschusses für eine einseitige Bekämpfung des Kommunismus in Finnland zu organisieren und ein Arbeitsprogramm für Regierung und Behörden vorzuschlagen, nach dem in der Zeit bis nach den Reichstagswahlen gearbeitet werden soll. Der Ausschuss hat bereits Befehl gegeben, daß er mit allen Mitteln jeden Terror verhinere und zu überwinden.

Rufow Sowjetbotschafter in Berlin?

Moskau, 25. Juli. Die Sowjetregierung hat bei der Reichsregierung um das Namentliche der juglichen Vorhaben des Rats der Volkskommissare der Sowjetunion, Rufow als Botschafter in Berlin nachgesucht. Seine Ernennung soll Ende August erfolgen. Der bisherige Botschafter Rekrinski wird in allerhöchster Zeit nach Berlin zurückkehren, um dem Reichspräsidenten sein Abschieds schreiben zu überreichen.

Der Friedensschritt bei Gandhi.

Bombay, 25. Juli. Ueber eine vierstündige Unterredung im Verlaufe derer sich zwei Führer der juglichen Bewegung in Indien und Gandhi berieten, daß dieser der beiden juglichen Abgeordneten Mitteilungen über die Unterredung machen wollte. Es wurde jedoch für unwahrscheinlich angesehen, daß Gandhi Haltung von der der anderen Kongreßangehörigen abweicht, die erklärt haben, daß nichts gegeben sei, was irgendwelche Friedensschritte nach sich ziehen würde. Es ist betont, daß die juglichen Abgeordneten keine neuen Vorschläge des Botschafts überbringen konnten.

Aus der Umgegend

Neuba, 26. Juli.

— Zum Kindelhardt'schen Jubiläum. In Ergänzung unseres Berichtes vom Geburtstagjubiläum des Herrn Bernhard Kindelhardt veröffentlichen wir noch folgendes: Frau Ida Kindelhardt eröffnete im Jahre 1870 als junge Witwe und Mutter dreier Kinder ein Manufakturwarengeschäft. Bei dem Ausbruch dieses Geschäftes wurde sie von ihren beiden Töchtern Ida, der jetzt noch in Neuba wohnenden, heute 74jährigen Frau Göbde, und Anna, der verstorbenen Frau Bernhardt, in hilfsloser, unermüdlicher Arbeit unterstützt. Alle Fertigkeiten, die in dem Geschäft verkannt wurden, waren von den drei Frauen angeerbt, Anfangs, da noch keine Hilfsmittel vorhanden waren, fertigte man Hand. Der große Aufschwung, den die Firma Kindelhardt gerade in den ersten drei Jahrzehnten ihres Bestehens genommen hat und an den sich manche alten Neubaer aus ihrer Jugendzeit noch erinnern werden, war allen der Pflichttreue und dem Fleiß jener drei Frauen zu verdanken. Deshalb ist es eine Ehrenpflicht der Dankbarkeit, an diesem Jubiläum auch dieser, insbesondere der noch lebenden Tochter der Gründerin, zu gedenken, die das Fundament dieses alten Wohlstandes gelegt haben.

— Gut Schuß! Die heilige Schützenhilfe veranstaltet am Sonntagmittags gemeinsam mit dem Trügerverein ein Schützenausflug. Bei juglichem Wetter wird das Schießen am Ende im Steindorf, bei juglichem Witterung im Schützenausflug stattfinden.

— Turnfest. Alle aus der umliegenden Gegend ersichtlich, bezieht der Arbeiter-Turn- und Sportverein am Sonntag sein 10jähriges Jubiläum, zu dem zahlreiche jugliche Wandervereine erwartet werden. Die sportlichen Veranstaltungen haben unter dem Turnplatz fast, der für den allgemeinen Besuch gepflastert wird.

— Jahresturnen in Freyburg a. A. Das Jahresturnen der Deutschen Turnerstaffel kommt am 10. August zum 25. Male in Freyburg (Anhalt) zur Durchführung. Die volks-

tümlichen Wettkämpfe sind mit dem 2. Jahresturn als Säbelmannschafkampf zwischen den Sonderklassen der Turnerstaffel Freyburg, Saalfeld und Thüringen verbunden. Für die Turner des 13. Turnkreises Thüringen findet außerdem noch der Stafelturn „Aund um die Bahnhöfe“ statt.

— Vertretertag ehemal. 36er in Giesleben. Der Vertretertag der Vereinigung der Vereine ehemaliger 36er (altl. Meierei und Landwehr) findet in diesem Jahre dem 16. bis 18. August in der Zutherstadt Giesleben statt. Der dortige Verein ehem. 36er als festgebender Verein beauftragt diese Tage gleichzeitig mit einer Arbeiterfestfeier oder ehem. Angehörigen des Balis zu verbinden. Alle diejenigen, welche dem Ort. Ball. Mel. Reg. Nr. 36 angehört haben und beabsichtigen, an dieser Feier teilzunehmen, wollen ihre Aufträge an den Vorsitzenden in Giesleben, Herrn Staff. Baumann, Freyer Weg 96, senden. Auch kann die Festfeier am angefordert werden. Die Regimentsgeschichte des Reserve-Regiments wird vom Vertretertag ausgestellt.

— Strammshimmen des Turnkreises Thüringen. Der Turnkreis Thüringen führt in diesem Jahre sein Strammshimmen am 17. August in Giesleben und Bad Driben durch. Das Strammshimmen geschieht sich in ein Wettkämpfen und ein Jahresturnen für Turner und Turnerinnen. Außerdem sind diesmal auch Jugentliche teilnahmeberechtigt.

Die Ansprespartie des Altertums- und Verkehrsvereins Kreis Querfurt.

Die für Mittwochabend angelegt war und als Ziel die Nachbarschaft Altertums hatte, fand Programmatisch statt und erreichte die rege Beteiligung. Von Querfurt kamen die Teilnehmer in drei vollbesetzten größeren Autos, von Neuba, Hohenstein und Wiehe brachte die Bahn eine Anzahl der dem Verein angehörenden Mitglieder herbei, die sich in der Gastfreundschaft der Alten begrüßten und vereinten.

Der prächtige Empfangsal im Rathaus, in dem die Begrüßung seitens einiger Leiter des Altertumsvereins Querfurt vorgenommen war, erregte zuerst die Aufmerksamkeit der Teilnehmer. Dieser trauere Mann zeigt von vornherein von Helmschleier und Seimantel. Die juglichen Sektionen Altertumsvereine Bürgerfamilien in Gestalt von bunten Wappentafeln, Wandgemälden und anderen Stoffarbeiten sind ein Beweis, daß in Altertums die Helmschleier nicht nur in Worten, sondern mit der Tat gezeigt wird.

Die ersten Worte der Begrüßung sprach der Schriftwart des Altertumsvereins, Herr Engelhardt. Er bekräftigte, daß die Beziehungen Altertums zu Querfurt von altersher herzlich waren und dies auch heute noch. Der Satz der zur Begrüßung stehenden Zeit wurde es ihm zwar nicht möglich, ein erschöpfendes Bild über die vielerlei Bande zu geben, die beide Städte von altersher verbinden, immerhin aber erläuterte die Jubiler einen wertvollen Lebensbild über die juglichen Beziehungen von einst und jetzt.

Als zweiter Sprecher dem Altertumsverein begrüßte Herrmann Herr Jange über die Geschichte der Stadt Altertums. Er berichtete den Zuhörern die Ergebnisse der bis in die ältere Einzelzeit zurückreichenden Forschungen, die zum Teil mit noch vorhandenen Urkunden belegt werden können. Nach interessanter und insbesondere zu hören, wie doch in früherer Zeit die Jugliche Gesellschaft ganzes Viertel, bald zu einem kleinen Ort, bald zu einem kleinen Ort geworden ist, wie sich eigentlich Land und Leute gewandelt hat und veräußert worden. Wenn nach unseren Erfahrungen auch heute das jug. Selbstbestimmungsrecht der Bürger nur auf dem Papier steht — früher, in der jetzigen, alten Zeit, war es doch noch schlimmer.

Im Namen der Gäste dankte der Vorsitzende des Verkehrsvereins den Herren vom Altertumsverein für die herlichen Begrüßungsworte und für die beiden Vorträge. Auch er bekräftigte die Wertigkeit der juglichen Beziehungen beider Städte, die insbesondere beide Vereine, der Altertums- und Verkehrsvereine, bisher so hochgehalten haben.

Am Anlaß an die Begrüßung fand unter der Führung des Museumswart Herrn Konrath Thierbach eine Besichtigung des im oberen Geschloß des Rathauses untergebrachtens Museums statt. Ein reiches Schatzkammer darf man diesen Raum mit Recht nennen, an dem der haben wir an Urkunden, geschichtlichen Urkunden usw., an alten Münzen, Waffen und vielen anderen Gegenständen, daß der Museumswart ein Meister im Sammeln ist. Wohl mander der Teilnehmer wird den Wunsch haben, bei passender Gelegenheit, wenn der Bericht nicht so sehr ist wie am Mittwochabend, mit Herrn Thierbach ein Ständchen in aller Ruhe in einem Altersraum zu verwellen.

Nach Beendigung des Abendessens übernahm Herr Oberbürgermeister Greif die Führung der Gäste durch die Stadt nach dem Goleisgebiet, wo Herr Konrath Spangenberg über die Altertums- und Salzflora und Salzflora interessante Aufzählungen gab, auch anhand einer großen Sammlung von im Goleisgebiet vorkommenden Insekten und Käfer ein prächtiges Anschauungsmittel vorführen konnte. Am die jug. Colloquie wurden die Gäste erregt, ein Spaziergang durch das Salzflora und den Friedhof erregte die Aufmerksamkeit aller und wohl jeder war voller Bewunderung über all das, was Altertums zu bieten vermag, von dem man aber nicht nachtrinken, wenn man allein und mit geschäftlich zur Stadt kommt.

In diesen Spaziergang schloß sich ein kurzer Aufenthalt im Salinenpark, bei dem dieser und seiner durchwandelte und dabei die juglichen Anlagen bewunderte. Die Zeit war heiter aber nicht zu früh und nicht zu spät; diejenigen, die mit der Bahn gekommen, mußten zum Bahnhof gehen, die anderen begaben sich wieder zur Stadt, wo an dem Marktplatz die Autoführer auf sie warteten. Der größere Teil fuhr dann auch ab, nur einige glaubten zur Nacht noch kommandiert zu sein, sie hielten etwas länger an und — sie hatten wohl nicht aus dem höchsten Genuß der der Partie. Wir wollen durchaus nicht aus der Schule schwanken, aber loviel darf wohl gesagt werden, daß auch in Altertums jug. mitternächtigen Stunde Mittel von der Gemütsfreiheit zu finden sind.

— Gauda. Der neue Schiffsland am Ort-Obenborf-Weg, Bauherr: Maurermeister Karl Schöler, geht jetzt seiner Vollendung entgegen. Er darf wohl als musterhaftes und schöner Stand in der ganzen Umgegend angesehen werden. Jeht Schiffsland hat er aufzunehmen. Die Einweihung findet zum 100jährigen Jubiläum der Schiffslandgesellschaft, verbunden mit dem 9. Gauhelfest, am 16. August statt. Dieses fest und der neue Schiffsland wird hier jeder Schützen aus der Umgegend nach Neuba laden, gilt es doch, daß jede dem Gau angehörige Schiffslandgesellschaft für sich den besten Schützen (Gauhelfest) abholt.

— Neuba. Am Montag nachmittag wurde der 10jährige Bau der Station Neuba — Ziegenhof zum Zuge überfahren, kurz nachdem der Zug die Station Neuba verlassen hatte. Dem Zungen, der schwere Verletzungen am ganzen Körper davon-

Olympia



GEBHARDT-BERLIN

Olympia · Korrespondenz · Schreibmaschine
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

Fabrik und Verkaufsbüro:

ERFURT

Mainzerhofplatz 13

Fernsprecher: Erfurt 4620-23

BÜROS:

BERLIN N 24, Friedrichstraße 110-112 (Haus der Technik); Breslau, Kaiser-Wilhelm-Straße 88-90; DORTMUND, Südwall 29; DRESDEN, Neustädter Markt 11; DÜSSELDORF, Wilhelmplatz 12; ERFURT, Mainzerhofplatz 13; FRANKFURT a. M., Friedensstraße 2; HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-Straße 25-31; HANNOVER, Am Schiffgraben 15; KÖLN, Weißenburgstraße 78 (Ecke Reichenspergerplatz); LEIPZIG, Nicolaistraße 10, II; MAGDEBURG, Otto von Guericke-Straße 11; MANNHEIM, Q 7, 23; MÜNCHEN, Kaufinger Straße 3 (Roman Mayrhaus); NÜRNBERG, Lorenzer Platz 12, III; STUTTGART, Tübinger Straße 33

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreters

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Verlagspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köpchen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpchen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22532

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf. Einigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 88

Sonnabend, den 26. Juli 1930

43. Jahrgang

Um die Durchführung der Öffihilfe. Verhandlungen zwischen Reich und Preußen.

Berlin, 24. Juli.
Zwischen den Reichsreferats und den Preussischen Referats fanden Verhandlungen über die Durchführung der Öffihilfe statt. Es sind eine Reihe von Plänen aufgestellt worden, über die eine Einigung herbeigeführt werden muß, und zwar wird u. a. erörtert,
den Vollstreckungsschub allein durchzuführen. Es wird erörtert, den Vollstreckungsschub über die bisher in die Öffihilfe einbezogenen Gebiete nach weisentlich auszudehnen. Das wäre ein sehr gefährlicher Plan, insbesondere dann, wenn der Vollstreckungsschub allein durchgeführt wird, ohne daß die Betriebsstörungen und die Umschuldungskredite wirksam werden.

Bei den Umschuldungsverhandlungen ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß alle Maßnahmen ein Ganzes bilden müssen und daß beträchtliche Einzelmaßnahmen eher eine Gefährdung als eine Hilfe für die betroffenen Distrikte bedeuten.
Bei den Umschuldungsverhandlungen muß die finanzielle Frage noch geklärt werden, und zwar will man hier zu rüdfahren auf die noch offenen Kredite der Provinz. Das ist aber nur möglich, wenn Preußen und die Provinz sich an der Aktion gleichfalls beteiligen. Die Provinz Dispreußen hat sich aber als schuldlos erwiesen, und es wird deswegen die Hilfe von der Preussischen Staatsregierung erwartet. Mit der Rentenbank-Kreditanstalt ist Fühlung genommen worden, damit die Kredite beschafft werden.
Auf Grund des Art. 48 läßt sich die finanzielle Frage aus begründeten Gründen nicht lösen, da die Banken einer solchen Regelung wenig Vertrauen entgegenbringen würden. Auch die Vollstreckung kann auf Grund des Art. 48 nicht erreicht werden, doch wird es kaum Schwierigkeiten machen, die auch jetzt notwendigen Kredite der Landstellen vorzunehmen, da ja diese Stellen an sich nicht zahlungslos sind.

Neben dem Vollstreckungsschub wird es dann aber auch notwendig sein, die Kleinbauern-Kredite weiterzuführen und die Förderung der Antiquierkredite fortzusetzen. Besonders müssen von den bewilligten 15 Millionen für Kleinbauern-Kredite die noch fehlenden 6 Millionen den deutschen Kleinbauern im Osten zur Verfügung gestellt werden.

Reichsfonds und Länderinteressen.

Die Verwendung zu Kulturzwecken.

Berlin, 25. Juli.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat eine Gesamtübersicht über die Verwendung der von der Reichsregierung verwalteten Fonds vorgelegt, an deren Verteilung die Länder ein Interesse haben. Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß

zur Förderung der Kultur im Jahre 1929 320 000 Mark gezahlt wurden, zur Förderung der künstlerischen Handwerkskulturen 50 000 Mark. An wissenschaftliche Institute sind 228 000 Mark gezahlt worden. Weitere Summen wurden

für wissenschaftliche Einzelaufgaben zur Verfügung gestellt. Im besonderen sind Zuwendungen geleistet worden für die Deutsche Orient-Gesellschaft, zur Bearbeitung der Ergebnisse der mesopotamischen Ausgrabungen sowie für die deutsche Landesgruppe der Internationalen Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff.

Für künstlerische Bestrebungen von allgemeiner Bedeutung wurden 164 000 Mark zur Verfügung gestellt, an künstlerische Verbände und Berufungskörperschaften rund 100 000 Mark. Schutz- und Erziehungszwecke erforderten 124 000 Mark, zur Volkshilfswirtschaft wurden 68 000 Mark zur Verfügung gestellt, und 190 000 Mark dienten zur Unterstützung von Sonderlehrgängen zur Förderung Begabter außerhalb der üblichen Bildungsgänge. Eine Summe Reichs- und Landesverbänden ist aus dem Fonds in Höhe von 1 Million Mark

zur Förderung des Turn- und Sportwesens unterstellt worden, darunter der Bund Freier Sozialistischer Jugend, der Verein Deutscher Pfadfinderinnen, der Verein Marinejüngend Vaterland, ein Deutscher Republikanischer Pfadfinderbund, ein Bund Jungdeutschland, Deutsche Jugendkraft, ein Verband Eichenring, ein Bund Jungdeutschland, insgesamt eine Fülle von Verbänden, die die Jugendförderung innerhalb der deutschen Jugend deutlich aufzeigt. Zur Befehdung der

hoffende der deutschen Kunst wurden 225 000 Mark ausgeworfen. Zur Unterstützung der Erhaltung von Bauwerken von geschichtlicher Bedeutung wurden 400 000 Mark gezahlt. Es wurden u. a. bebaut die Dome in Köln, Münster, Regensburg, Balleu, Speyer und Worms und die Münster in Ulm und Freiburg. Außerdem die St.-Koranz-Kirche in Nürnberg und der Zwinger in Dresden.

Größere Ausgaben auf sozialen Gebieten hat dann das Reichsarbeitsministerium aus seinem Fonds geleistet. Das Ernährungsmittelministerium stellte u. a. zur Verfügung 3 Millionen Mark für das landwirtschaftliche Forschungsarbeiten.

An den Gemälde-Kulturfilm wurden aus diesem Fonds 1.4 der gezahlt zur Herstellung eines Dokuments über die Zukunft des deutschen Acker- und Wiesensodens. Als Beihilfe zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaftsbildung und zur Einrichtung von Versuchsringen wurden 1.9 Millionen Mark gezahlt.

Die Notmaßnahmen des Reiches.

Ein Interview Dr. Brüning's.

Berlin, 25. Juli.

Reichsminister Dr. Brüning hat dem Berliner Vertreter der „New York Times“, Herrn Oberis, Ausführungen für sein Blatt zur Verfügung gestellt, denen wir folgendes entnehmen:

Die angepannte Finanzlage des Reiches, die die parlamentarischen Kämpfe der letzten Monate veranlaßt, ist in erster Linie durch

die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bedingt. Die geschätzten Einnahmen des Reichshaushaltes werden nicht erreicht, die Ausgaben aber, im wesentlichen durch die Beiträge des Reiches zur Arbeitslosenversicherung, gesteigert. Die Reichsregierung hält fest an der Notwendigkeit der unangenehmen Sanierung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden und an der Tilgung der schwebenden Schuld im geschäftlich festgelegten Umfang.

Diese Politik ist für Deutschland eine Schicksalsfrage. Durch die Vielheit der deutschen Parteien ist es erfahrungsgemäß immer sehr schwer, eine völlige Übereinstimmung über die Einzelheiten zu erzielen, da fast jede Partei ihre Zustimmung abhängig macht von Zugeständnissen der Regierung gegenüber ihren besonderen Wünschen, die von anderen Parteien aber umso härter abgelehnt werden.

Deshalb war die Reichsregierung gezwungen, alle Möglichkeiten der Verzögerung auszunutzen, um das Gleichgewicht des Reichshaushaltes unter allen Umständen zu lösen. Sie hat dabei zu dem Art. 48 der Reichsverfassung gegriffen, über den jedoch im Ausland keine Klagen bestehen. Jeder Staat kennt ein Notstandsrecht. Der Art. 48 der Reichsverfassung gibt ihm für das Reich seine Form. Mit den Theorien der Diktatorabhängigkeit hat er nicht das geringste zu tun.

Der Art. 48 ist häufig vom Präsidenten Ebert auch in weniger wichtigen Fällen und in Gegenwart des Reichstages angewandt worden. Auch die Bestimmungen der übrigen deutschen Verträge können ähnliche, allerdings klarere Bestimmungen.

Die Reichsregierung hat — genau im Geiste der Verfassung — ihre Notverordnungen unermüdet dem deutschen Reichstag vorgelegt und sie aufgehoben, nachdem eine Mehrheit des Reichstages dies verlangt hatte. Sie hat nun, entsprechend den großen Prinzipien eines demokratischen Staates, an das Volk appelliert, um sein Urteil einzufoltern.

Sie wird in der Zwischenzeit zur Sicherung der Finanzen unverzüglich dem Reichspräsidenten Vorschläge zu einer neuen Notverordnung unterbreiten, die dem nach den Bestimmungen der Verfassung zu wählenden und zusammenzurufenden Reichstag zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Konservative Volkspartei.

Einigung zwischen Westarp und Treitschke.

Berlin, 25. Juli.

Die Verhandlungen der aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgestreuten Abgeordneten und der Konservativen Vereinigung haben zu einer völligen Einigung und zur Gründung der Konservativen Volkspartei geführt.

Die neue Partei tritt mit einem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit. Die Zeitung hat ein Aussehen übernommen, das aus den Worten „Konservative Volkspartei“ besteht, von Aetian-Borckert, von Emdener-Weiden, Dr. Nadenberger und Treitschke besteht.

In dem Gründungsaufruf der neuen konservativen Volkspartei heißt es u. a.: Die Deutschnationale Volkspartei hat den wirksamen Eintrag konservativer Kräfte verbunden und droht, die Herrschaft der Linken zu einer dauernden zu machen. Wir lassen deutsche Volkspartei nicht verkommen und damit die Voraussetzung innerer und äußerer Befreiung.

Unter Staat soll wieder ein wehrhafter Staat werden. Hierzu müssen in der Staatsführung konservative Kräfte so zur Geltung kommen, daß der Staat fähig wird, im Kampf um die deutsche Freiheit in der Welt den gesammelten Freiheitswillen einer geübten Nation einzuleihen. Deshalb rufen wir auf zur Gründung der Konservativen Volkspartei.

Treitschke voraussichtlich der Führer.

Wie Graf Westarp erklärt, gehört er dem engeren Vorstand der Konservativen Volkspartei auf seinen eigenen Wunsch nicht an, sondern nur dem weiteren Vorstand der neuen Partei. Diese Mitteilung ist, wie er ausdrücklich betont, auf seinen eigenen Wunsch erfolgt, um sich der Aufgabe der Sammlung der konservativen Elemente und insbesondere der engen Zusammenarbeit zwischen Landvolkspartei und Konservativer Volkspartei widmen zu können. Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß Graf Westarp

die Führung der neuen Partei nicht übernommen hat. Zum Führer der Partei wird voraussichtlich der Reichsminister Treitschke gewählt werden.

Landvolkspartei!

Eigene Kandidaten des Landvolkes.

Berlin, 24. Juli.

Der Bundesvorstand des Reichslandvolkes hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Landvolkspartei kann und will es nicht mehr ertragen, daß sie das Opfer der Parteienpolitik in sich ungenügend und zur Übernahmung der Verantwortung unfähigen politischen Parteien wird. Der Bundesvorstand des Reichslandvolkes hat deshalb beschlossen, unter Berufung auf die bisher geübte Methode, für die kommenden Wahlen seine Mitglieder aufzuführen, der Sammelparole des Reichslandvolkes zu folgen und, soweit es die örtlichen Verhältnisse zulassen, einzutreten für die Wahl auf Landvolkstiften in allen Provinzen und Städten. Nach wie vor bleibt die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Landvolkorganisation gegenüber jedem Parteistillsitzen oberstes Gebot!

Wenn das deutsche Landvolk unter seiner eigenen Fahne in den Wahlen antreten will, so will es dabei nicht neue Zerplitterung, sondern Stärkung aller Kräfte, die im Kampf für die von Hindenburg gewiesenen Ziele in einer Front stehen.

Wie wir ersehen, wird der Beschluß des Reichslandvolkes, eigene Landvolkstiften aufzustellen, in parlamentarischen Kreisen als entscheidend angesehen für das Schicksal der sogenannten „Großen Koalition“, von deren Bildung in den letzten Tagen (sowie die Rede war). Eine Danksagungsgemeinschaft zwischen Land- und Stadtwahl wird nunmehr als ausgeschlossen betrachtet. Die neue Landvolkspartei wird umfassen die Christlichnationalen Bauern und die Gruppe „Schleier-Röhliggen“ und wird voraussichtlich alle Vertreter des Landvolkes, die bisher bei anderen Parteien Untertan fanden, an sich ziehen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch davon, daß von Keudell zu den Christlichnationalen Bauern übergehen will.

Der Beschluß, den der Bundesvorstand des Reichslandvolkes am Dienstag gefaßt hat, bringt keine Überraschung, aber er bestätigt die Erwartung, daß die deutschnationale Gruppe Hugenberg im Wahlkampf von dieser Seite keine Unterstützung zu erwarten hat. Der Reichslandvolk erstreckt die Bildung einer großen, in sich geschlossenen Agrarpartei und fordert zur Unterstützung der Landvolkstiften auf. Der Reichslandvolk selbst betont, daß er seinen Charakter als berufständliche Organisation beibehalten und nicht selbst Partei werden will. Für die parteimäßige Eröffnung der Kreise, deren Sammlung er sich zur Aufgabe macht, kommt also wohl in erster Linie die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei in Frage. Leber die Aufnahme einer Verbindung zu den anderen Gruppen der deutschnationalen Selbsthilfsgemeinschaft macht der Aufbruch des Reichslandvolkes noch keine Annahmen über die genaue Form dieses Aufbruchs

wirft die Möglichkeit den Kreis herabzuziehen Partei schließlichen Gebilde könnte eher neue Gebilde entwerfen und diese konfessionellen, politischen und den

1. Juni 1930.

Am 1. Juni 1930, den 24. Juli.

Die Verhandlungen der aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgestreuten Abgeordneten und der Konservativen Vereinigung haben zu einer völligen Einigung und zur Gründung der Konservativen Volkspartei geführt.

Die neue Partei tritt mit einem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit. Die Zeitung hat ein Aussehen übernommen, das aus den Worten „Konservative Volkspartei“ besteht, von Aetian-Borckert, von Emdener-Weiden, Dr. Nadenberger und Treitschke besteht.

In dem Gründungsaufruf der neuen konservativen Volkspartei heißt es u. a.: Die Deutschnationale Volkspartei hat den wirksamen Eintrag konservativer Kräfte verbunden und droht, die Herrschaft der Linken zu einer dauernden zu machen. Wir lassen deutsche Volkspartei nicht verkommen und damit die Voraussetzung innerer und äußerer Befreiung.

Unter Staat soll wieder ein wehrhafter Staat werden. Hierzu müssen in der Staatsführung konservative Kräfte so zur Geltung kommen, daß der Staat fähig wird, im Kampf um die deutsche Freiheit in der Welt den gesammelten Freiheitswillen einer geübten Nation einzuleihen. Deshalb rufen wir auf zur Gründung der Konservativen Volkspartei.

Wie Graf Westarp erklärt, gehört er dem engeren Vorstand der Konservativen Volkspartei auf seinen eigenen Wunsch nicht an, sondern nur dem weiteren Vorstand der neuen Partei. Diese Mitteilung ist, wie er ausdrücklich betont, auf seinen eigenen Wunsch erfolgt, um sich der Aufgabe der Sammlung der konservativen Elemente und insbesondere der engen Zusammenarbeit zwischen Landvolkspartei und Konservativer Volkspartei widmen zu können. Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß Graf Westarp

die Führung der neuen Partei nicht übernommen hat. Zum Führer der Partei wird voraussichtlich der Reichsminister Treitschke gewählt werden.

Der Bundesvorstand des Reichslandvolkes hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Landvolkspartei kann und will es nicht mehr ertragen, daß sie das Opfer der Parteienpolitik in sich ungenügend und zur Übernahmung der Verantwortung unfähigen politischen Parteien wird. Der Bundesvorstand des Reichslandvolkes hat deshalb beschlossen, unter Berufung auf die bisher geübte Methode, für die kommenden Wahlen seine Mitglieder aufzuführen, der Sammelparole des Reichslandvolkes zu folgen und, soweit es die örtlichen Verhältnisse zulassen, einzutreten für die Wahl auf Landvolkstiften in allen Provinzen und Städten. Nach wie vor bleibt die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Landvolkorganisation gegenüber jedem Parteistillsitzen oberstes Gebot!

Wenn das deutsche Landvolk unter seiner eigenen Fahne in den Wahlen antreten will, so will es dabei nicht neue Zerplitterung, sondern Stärkung aller Kräfte, die im Kampf für die von Hindenburg gewiesenen Ziele in einer Front stehen.

Wie wir ersehen, wird der Beschluß des Reichslandvolkes, eigene Landvolkstiften aufzustellen, in parlamentarischen Kreisen als entscheidend angesehen für das Schicksal der sogenannten „Großen Koalition“, von deren Bildung in den letzten Tagen (sowie die Rede war). Eine Danksagungsgemeinschaft zwischen Land- und Stadtwahl wird nunmehr als ausgeschlossen betrachtet. Die neue Landvolkspartei wird umfassen die Christlichnationalen Bauern und die Gruppe „Schleier-Röhliggen“ und wird voraussichtlich alle Vertreter des Landvolkes, die bisher bei anderen Parteien Untertan fanden, an sich ziehen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch davon, daß von Keudell zu den Christlichnationalen Bauern übergehen will.

Der Beschluß, den der Bundesvorstand des Reichslandvolkes am Dienstag gefaßt hat, bringt keine Überraschung, aber er bestätigt die Erwartung, daß die deutschnationale Gruppe Hugenberg im Wahlkampf von dieser Seite keine Unterstützung zu erwarten hat. Der Reichslandvolk erstreckt die Bildung einer großen, in sich geschlossenen Agrarpartei und fordert zur Unterstützung der Landvolkstiften auf. Der Reichslandvolk selbst betont, daß er seinen Charakter als berufständliche Organisation beibehalten und nicht selbst Partei werden will. Für die parteimäßige Eröffnung der Kreise, deren Sammlung er sich zur Aufgabe macht, kommt also wohl in erster Linie die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei in Frage. Leber die Aufnahme einer Verbindung zu den anderen Gruppen der deutschnationalen Selbsthilfsgemeinschaft macht der Aufbruch des Reichslandvolkes noch keine Annahmen über die genaue Form dieses Aufbruchs

wirft die Möglichkeit den Kreis herabzuziehen Partei schließlichen Gebilde könnte eher neue Gebilde entwerfen und diese konfessionellen, politischen und den

1. Juni 1930. Am 1. Juni 1930, den 24. Juli. Die Verhandlungen der aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgestreuten Abgeordneten und der Konservativen Vereinigung haben zu einer völligen Einigung und zur Gründung der Konservativen Volkspartei geführt. Die neue Partei tritt mit einem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit. Die Zeitung hat ein Aussehen übernommen, das aus den Worten „Konservative Volkspartei“ besteht, von Aetian-Borckert, von Emdener-Weiden, Dr. Nadenberger und Treitschke besteht. In dem Gründungsaufruf der neuen konservativen Volkspartei heißt es u. a.: Die Deutschnationale Volkspartei hat den wirksamen Eintrag konservativer Kräfte verbunden und droht, die Herrschaft der Linken zu einer dauernden zu machen. Wir lassen deutsche Volkspartei nicht verkommen und damit die Voraussetzung innerer und äußerer Befreiung. Unter Staat soll wieder ein wehrhafter Staat werden. Hierzu müssen in der Staatsführung konservative Kräfte so zur Geltung kommen, daß der Staat fähig wird, im Kampf um die deutsche Freiheit in der Welt den gesammelten Freiheitswillen einer geübten Nation einzuleihen. Deshalb rufen wir auf zur Gründung der Konservativen Volkspartei. Wie Graf Westarp erklärt, gehört er dem engeren Vorstand der Konservativen Volkspartei auf seinen eigenen Wunsch nicht an, sondern nur dem weiteren Vorstand der neuen Partei. Diese Mitteilung ist, wie er ausdrücklich betont, auf seinen eigenen Wunsch erfolgt, um sich der Aufgabe der Sammlung der konservativen Elemente und insbesondere der engen Zusammenarbeit zwischen Landvolkspartei und Konservativer Volkspartei widmen zu können. Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß Graf Westarp die Führung der neuen Partei nicht übernommen hat. Zum Führer der Partei wird voraussichtlich der Reichsminister Treitschke gewählt werden. Der Bundesvorstand des Reichslandvolkes hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Die Landvolkspartei kann und will es nicht mehr ertragen, daß sie das Opfer der Parteienpolitik in sich ungenügend und zur Übernahmung der Verantwortung unfähigen politischen Parteien wird. Der Bundesvorstand des Reichslandvolkes hat deshalb beschlossen, unter Berufung auf die bisher geübte Methode, für die kommenden Wahlen seine Mitglieder aufzuführen, der Sammelparole des Reichslandvolkes zu folgen und, soweit es die örtlichen Verhältnisse zulassen, einzutreten für die Wahl auf Landvolkstiften in allen Provinzen und Städten. Nach wie vor bleibt die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Landvolkorganisation gegenüber jedem Parteistillsitzen oberstes Gebot! Wenn das deutsche Landvolk unter seiner eigenen Fahne in den Wahlen antreten will, so will es dabei nicht neue Zerplitterung, sondern Stärkung aller Kräfte, die im Kampf für die von Hindenburg gewiesenen Ziele in einer Front stehen. Wie wir ersehen, wird der Beschluß des Reichslandvolkes, eigene Landvolkstiften aufzustellen, in parlamentarischen Kreisen als entscheidend angesehen für das Schicksal der sogenannten „Großen Koalition“, von deren Bildung in den letzten Tagen (sowie die Rede war). Eine Danksagungsgemeinschaft zwischen Land- und Stadtwahl wird nunmehr als ausgeschlossen betrachtet. Die neue Landvolkspartei wird umfassen die Christlichnationalen Bauern und die Gruppe „Schleier-Röhliggen“ und wird voraussichtlich alle Vertreter des Landvolkes, die bisher bei anderen Parteien Untertan fanden, an sich ziehen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch davon, daß von Keudell zu den Christlichnationalen Bauern übergehen will.